Nr. 77. Freitag den 5. April 1907. 6. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährlich 1 ℳ 80 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 2 K 68 h. Bei d. d. Postanstalten i. Zeitungspreisliste Nr. 6-8a. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1966.

r. Parlamentarische Regierung in Deutschland.

Am Wendepunkt unserer inneren Politik stehend, ist es klar, daß auch die Frage einer parlamentarischen Regierung bei uns erörtert wird. In der an politischen Erörterungen so überreichen Osterzeit ist auch dieser Gedanke besprochen worden. Diese Erscheinung beweist, wie verwickelt und verworren die Situation ist. Allgemeines Mißtrauen beherrscht die Stunde und man versteht es auch, weshalb Fürst Bülow den Parteien immer so zuredete, sich gegenseitig kennen zu lernen, um Vertrauen zu einander zu erhalten. Mißtrauen ist nicht nur das Grab der Paarung, es ist auch das Totenbett des vierten Reichskanzlers Fürst Bülow, der mit allen Fasern seines Herzens an seinem Amte hängt. Aber das Mißtrauen ist nicht verschwunden, es ist vielmehr im Wachsen begriffen; seit der Vertagung des Reichstages hat es mindestens um 100 Prozent zugenommen. Zahlreiche liberale Stimmen fordern bereits die Lösung des Bandes mit den Konservativen und kommen damit nur einem Wunsche nach, den letztere auch hegen. In der konservativen Presse kann man es oft lesen, daß die Linke doch in Opposition abschwenken möge, wenn ihr der heutige Zustand nicht gefalle. Sie würde es ohne Zweifel auch tun, wenn sie nur nicht wie hypnotisiert darauf sehen würde, daß das Zentrum nicht mehr ausschlaggebend werde. Diese Furcht beherrscht die gesamte Politik der Linken und hiernach bemißt sie ihre gesamte Haltung. Wenn die Paarung ein „Angstprodukt des Fürsten Bülow" ist, dann ist die Politik der Linksliberalen ein „Produkt ihrer eigenen Angst vor dem Zentrum."

In dieser Situation nun tritt der Gedanke an eine parlamentarische Regierung im Reiche hervor. Der Führer der Freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth, eröffnet diese Idee in längeren Ausführungen, in denen er zunächst bekennt, daß ihm die heutige Situation ganz und gar nicht gefällt; er befürchtet eben für den Freisinn recht Schlimmes und meint, daß derselbe schließlich dem „allgemeinen Hohngelächter" verfalle; jetzt stehe er der Regierung zur Verfügung; aber er dürfe an der reichbesetzten Tafel nicht mitessen, sondern müsse den Konservativen die Speisen auftragen. Unter diesen Umständen sei es für den Freisinn besser, wenn das Zentrum wieder in seine alte Stellung zurückkehre und der Freisinn in die Opposition. Das Zentrum habe ebenso wie die katholische Kirche von jeher für reuige Sünder ein ganz besonderes Faible gehabt. „Sollte sich deshalb Fürst Bülow zum ritornale al segno entschließen, so würde das Zentrum sicherlich nicht den Unversöhnlichen spielen. Aber selbst wenn der Reichskanzler es über sich gewänne, „mit einem Zitat und mit einem Seufzer zu seiner alten Liebe zurückzukehren" — würde dann damit die Sache speziell für den Freisinn anders aussehen, als sie heute in den Flitterwochen der konservativ-liberalen Paarung steht?"

So sagt der Führer der einen freisinnigen Gruppe — aber er unterschätzt die Charakterstärke des Zentrums. Gewiß wird letzteres stets sachliche Politik treiben, auch wenn es sich in der Opposition befindet. Wer nur alle Häfen zusammenschlägt, mag sich als „rasender Roland" oder wie ein Halbverrückter gut ausmachen; aber in das Parlament paßt er nicht und zur Mitarbeit am Wohle des Vaterlandes eignet er sich auch nicht. Trotzdem kann das Zentrum mit dem Fürsten Bülow nicht mehr zusammenarbeiten in der Art, wie es bisher geschah. Wohl konnte nach hartem Kampfe Windthorst sich mit Bismarck verständigen — es war der Abschluß eines Kampfes, in dem das Zentrum nicht unterlegen war; aber wer zuerst sechs Jahre hindurch zusammengearbeitet hat, dann urplötzlich von seinem Mitarbeiter meuchlings überfallen worden ist, der kann keine Lust mehr empfinden, mit einem solchen Kompagnon sich zu assozieren. Solche Gefahren des Privatlebens haben auch Gültigkeit für das Parteileben. Das Zentrum ließ deshalb auch in der Generaldebatte zum Etat erklären, daß es ihm angenehm sei, wenn seine Wege mit denen des Reichskanzlers zusammengehen, daß es aber auch zu tragen wisse, wenn beide auseinandergehen. Diese Stellungnahme ist klipp und klar, so daß Dr. Barth seine Ansichten nur etwas ändern mußte.

Um nun aus der gesamten heutigen Verworrenheit herauszukommen, schlägt derselbe vor, daß ein parlamentarisches Regime bei uns eingeführt werde; er schreckt selbst vor einem „konservativ-klerikalen" Kabinett nicht zurück, da dieses dem Volke die Augen öffnen müsse; wolle aber Fürst Bülow liberaler regieren, so müsse er es mit einem konservativ-liberalen Kabinett probieren und diesem ein bestimmtes Programm unterbreiten; der Liberalismus könne sich dann zur Geltung bringen. Jedenfalls werde hierdurch volle Klarheit nach allen Seiten geschaffen und das sei erwünscht.

Der Vorschlag nach Einführung eines parlamentarischen Regiments in Deutschland ist nicht neu; man kann sich nur verwundert fragen, weshalb er bei uns noch nicht durchgeführt ist, obwohl man ihn sonst überall in der Welt verwirklicht sieht, selbst in den Balkanstaaten. Von Rußland abgesehen, hat kein Land der Erde mit einer Volksvertretung ein nicht parlamentarisches Regiment; auch asiatische Staaten machen hier keine Ausnahme. Eine solche Erscheinung ist nun keine Zufälligkeit; sie hat ihre inneren Gründe. Wir sehen diese zunächst in dem starken monarchischen Bewußtsein des Deutschen Reiches; freilich würde dieses ein parlamentarisches Regiment nicht hindern. Man schaue nur nach England hinüber. Der Engländer ist gewiß auch „königstreu bis auf die Knochen", aber das Parlament stellt die Minister. So erscheint uns eben als der tiefste Grund dieser Ausnahmestellung der große konfessionelle Haß, der sich in Deutschland wie in keinem Lande der Erde findet. Die Hetze gegen die Katholiken läßt ein parlamentarisches Regiment nicht aufkommen. Nach Lage der Sache müßte nämlich ein solches Kabinett aus Konservativen und Zentrum bestehen; aber das könnte der Evangelische Bund nicht ertragen. Die schrecklichste Konfessionshetze würde entfacht werden; zumal auch ein solches Ministerium die Katholiken gerecht behandeln müßte. Ein Ministerium aus Konservativen und Liberalen wäre freilich ein Ding der Unmöglichkeit; kein Land hat je ein solches gesehen; dort sind entweder die Konservativen oder die Liberalen am Ruder, nicht aber beide Parteien. Der furor protestanticus ist es, der ein parlamentarisches Regiment auf lange Zeit hinaus bei uns unmöglich macht.

Wie ganz anders stellt sich diese Frage z. B. in den Niederlanden dar, wo die konfessionelle Zusammensetzung des Volkes eine ähnliche ist wie bei uns. Dort waren jahrelang Konservative und Katholiken in einem Kabinette vereinigt und sie haben zum Wohle ihres Vaterlandes sehr viel geleistet; sie hatten eine feste Mehrheit hinter sich und fanden sich zusammen. Holland war früher noch mehr konfessionell zerrissen als Deutschland; aber die protestantische Mehrheit war einsichtsvoll genug, um zu erkennen, daß man die Katholiken als gleichberechtigte Bürger ansehen muß, daß man sie zur praktischen Mitarbeit gewinnen soll. Und das ist mit Erfolg geschehen, zum Aerger des ungläubigen Liberalismus. Leider sind in Deutschland aber die Vorurteile gegen die Katholiken so zahlreich und so fest, daß wir diesem Zustande noch fern sind und so lange dies der Fall ist, so lange ist an ein parlamentarisches Regiment überhaupt nicht zu denken, von allen anderen Gründen ganz zu schweigen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 4. April 1907.

— Zu der Meldung der B. B. N. über die Stellung des Kaisers zum Plan einer **Berliner Weltausstellung** teilt das B. T. bestätigend mit, der Kaiser habe auf eine Immediateingabe, die ihm vor zwei Jahren vorgelegt wurde und die den Weltausstellungsplan befürwortete, durch einige auf den Rand des Schriftstückes geschriebene Worte direkt ablehnend geantwortet.

— **Der Fürst von Monaco** ist am 3. d. M. in Berlin eingetroffen und nahm im Königlichen Schlosse Wohnung.

— **Die Beisetzung des verstorbenen Abg. Prinzen von Arenberg** fand am Osterdienstag in der Familiengruft zu Enghien statt. Außer dem Vater des Verstorbenen folgten die meisten Mitglieder der Häuser Arenberg, Merode, Ligny, Decazy und zahlreiche Angehörige des belgischen Adels dem Sarge.

— Dem Oberbürgermeister **Dr. Adickes** in Frankfurt a. M. ist der Stern zum Kronenorden 2. Klasse verliehen worden.

— Als Nachfolger des Grafen Feilitzsch ist der Regierungspräsident der **Oberpfalz v. Brettreich** zum bayerischen Minister des Inneren ernannt worden.

— Die American Association of Commerce and Trade in Berlin teilt mit: Die deutsche Regierung wird voraussichtlich bald nach der am 10. April stattfindenden Wiedereröffnung des Reichstages die Verlängerung des provisorischen **Abkommens mit den Vereinigten Staaten** auf ein weiteres Jahr vom 30. Juni ab beantragen.

— Der Berliner Korrespondent des Standard bringt einen erneuten Alarmartikel über **Deutschlands Fortschritte in Persien.** Er warnt die englische Regierung vor den deutschen Plänen, die die britischen Handelsinteressen ernstlich bedrohen und das Ziel haben, in dem Nachbarreiche Indiens festen Fuß zu fassen. Die Beihilfe der deutschen Regierung an die Kapitalisten erhelle aus der Tatsache, daß die Ernennung des Deutschen Sternrich zum Nationaldirektor in Teheran direkt auf die Bemühungen der deutschen Orientbank zurückgehen. Der Standard betrachtet die Errichtung der Bank in Teheran und den Bahnbau als ernsten Eingriff in britische Rechte. Der Standard behauptet, der Plan vermehre die Spannung zwischen England und dem Deutschen Reiche. Die Vossische Zeitung bemerkt hierzu in einer längeren Polemik: „Was an dieser Meldung wahr ist, ist alt, was an ihr neu ist, ist Phantasiegebilde, wo nicht bewußte Unterstellung."

— **Eine Dividendensteuer** wird in konservativen Kreisen erwogen, um das Defizit des Reiches zu decken. Alle Dividenden über 5 Proz. sollen zu einer progressiven Steuer herangezogen werden. Diese Steuer wäre ein Ausbau der vom Zentrum angeführten Tantiemesteuer, aber auch der weitere Schritt zu einer Reichseinkommensteuer. Warum denn nur hohe Dividenden besteuern und nicht hohe Einkommen aus einem Besitz, der nicht Aktiengesellschaft ist? Darin liegt eine Ungerechtigkeit.

— **Der deutsche Anarchistenkongreß in Offenbach** wurde polizeilich aufgelöst. Es sprach der Schriftleiter des „Anarchist", Rudolf Lange-Berlin, vor etwa 300 Anwesenden, größtenteils Sozialdemokraten, über „Parlamentarismus und Generalstreik". Er beklagte es, daß die Sozialdemokratie keine revolutionäre Partei mehr sei, sondern sich an den Wahlen zu den Parlamenten beteilige und empfahl Wahlenthaltung; dagegen solle die Regierung durch den Generalstreik zur Nachgiebigkeit gezwungen werden. Natürlich werde ein so ungeheurer Ausstand nicht friedlich verlaufen; deshalb müsse das Militär bearbeitet werden, damit es nicht auf seine Brüder schieße. „Wir sind gegen jedes Blutvergießen; aber wenn unsere Rechte mit Füßen getreten werden, sind wir nicht mehr verpflichtet, die Gesetze zu halten." Bei diesen Worten wurde die Versammlung aufgelöst. Bemerkenswert ist bei alledem besonders die lebhafte Beteiligung der Sozialdemokraten an der Versammlung und die Tatsache, daß sie, die doch mit den Anarchisten nichts zu tun haben wollten, ihnen das Gewerkschaftshaus zur Verfügung stellten. Im übrigen war die Versammlung in Offenbach nur eine Farce zur Irreführung der Polizei. In Wirklichkeit war Mannheim als Abhaltungsort bestimmt. Gegen 7 Uhr abends wurde der Kongreß auf freiem Felde jenseits des Neckars in der Nähe von Freudenheim eröffnet und dort ungestört bis 2 Uhr nachts getagt. Zur Verhandlung gelangte zunächst die Organisationsfrage. Nach sehr langer Erörterung wurde beschlossen, eine Organisation der Anarchisten Deutschlands auf föderalistischer Grundlage ins Leben zu rufen. Die Organisation soll von einer aus sechs Personen bestehenden Geschäftskommission in Berlin geleitet werden. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die anarchistische Presse. Es wurde beschlossen, alle drei in Berlin erscheinenden Anarchistenblätter: „Der freie Arbeiter", „Der Revolutionär" und „Der Anarchist" als Publikationsorgane zu wählen. Nach Schluß der Sitzung waren die Herren so freundlich, dies der Mannheimer Polizei telephonisch mitzuteilen.

— **Gegen das Maischbottichsteuergesetz** macht die „Deutsche Tagesztg." Front, sie meint, daß aus der ersten Beratung des Entwurfs hervorgegangen sei, daß die Zahl der Abgeordneten, die dem Gesetze unumwunden zustimmen, außerordentlich gering ist. „Für das Gesetz, so wie es eingebracht worden ist, dürfte im Reichstage keine Mehrheit vorhanden und zu schaffen sein. Wird es so umgeändert, wie es den berechtigten Wünschen der rechten Seite des Reichstages entspricht, so ist es fraglich, ob sich bei der schwankenden und unsicheren Haltung des Zentrums die diese Abänderung eine ausreichende Mehrheit finden wird. Für die Wünsche der Linken dürfte aber weder die Rechte noch das Zentrum, noch auch die Mehrheit der Nationalliberalen zu haben sein. Erwägt man das, so wird man unseren Zweifeln, ob der Entwurf während der jetzigen Tagung erledigt werden könne, das Zugeständnis der Berechtigung nicht versagen. Wir würden selbstverständlich dem Gesetze keine Träne nachweinen, falls es unter den Tisch fallen sollte. In voller Uebereinstimmung mit den geeinigten Vertretungen der deutschen Landwirtschaft hatten wir es für das Zweckmäßigste und für geboten, wenn man dem Brennereigewerbe Ruhe bis zum Jahre 1912 gönnt." Wir aber sind der Ansicht, daß dieses Gesetz unbedingt zu verabschieden ist; das Reich kann nicht jährlich vier und mehr Millionen an die Großbrenner verschenken und auf der anderen Seite neue Steuern machen.

Der Mangel an katholischen Volksschullehrern in Preußen wird in der „Kreuzzeitung" auf die Polenpolitik zurückgeführt. Genanntes Blatt schreibt nämlich: „Zu den schwierigsten Fragen der Ostmarkenpolitik gehört die Beschaffung katholischer Volksschullehrer. Aus der Ostmark selber geben nicht genug hervor. Die Bevölkerung polnischer Sprache, von den Agitatoren aufgehetzt, hat wenig Neigung, ihre Söhne Lehrer oder Beamte werden zu lassen, und selbst bei denen, die sich bereit finden, wird eine vorsichtige Auswahl vielfach nötig sein. Man muß also versuchen, katholische Lehrer aus anderen Provinzen zu gewinnen, und da die mittleren Provinzen evangelisch sind, wird man auf Westfalen und Rheinland hinübergreifen müssen. Früher hat man bereits im Amt stehende Lehrer nach der Ostmark gezogen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß diese sich schwerer „akklimatisieren", und da ist es wohl für jeden Denkenden klar, daß die Unterrichtsverwaltung klug handelt, wenn sie aus dem Westen Präparanden und Seminaristen nach dem Osten zieht, die auf Grund der übernommenen Verpflichtungen später eine Reihe von Jahren als Volksschullehrer tätig sind. Gewiß wird eine Anzahl von diesen Lehrern nach der alten Heimat zurückwandern, wenn die Zeit ihrer reversalischen Verpflichtung abgelaufen ist. Aber diese werden durch die in der Ostmark gewonnene Kenntnis der Verhältnisse dazu beitragen können, daß auch in den rheinisch-westfälischen katholischen Kreisen allmählich dieselbe Auffassung der polnischen Frage Boden findet, wie sie die schlesischen Katholiken bereits haben. Jeder Einsichtige muß also in der Verpflanzung katholischer Präparanden usw. nach dem Osten ein Stück gesunder Ostmarkenpolitik sehen, und um die jungen Leute zu gewinnen, muß man sie wohl darauf aufmerksam machen." Wir haben aber große Bedenken, ob dieses Mittel Erfolg hat. Wenn ein Volksteil von 3 Millionen keine Lehrer stellen darf, so kann der Rest von 17 Millionen nicht auch noch für diese die Lehrkräfte abgeben. Man sieht auch hier, wie unnatürlich die preußische Polenpolitik ist.

— **Reden im Reichstage.** Die stenographischen Berichte für die Zeit vom 19. Februar bis zum 20. März enthalten auf 643 Druckseiten etwa 1286 Spalten. Von diesen werden etwa 1093 durch Ausführungen der Redner gefüllt,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19070405/1